

# Jeffrey Sachs: US-Wirtschaftsdruck und der Untergang des Dollars

Prof. Jeffrey Sachs erörtert, wie eine auf Zwang beruhende wirtschaftliche Staatskunst das internationale System destabilisiert und letztlich selbstzerstörerisch wirkt, da die Welt lernt, ohne die USA auszukommen. Folgen Sie Prof. Glenn Diesen: Substack: <https://glenndiesen.substack.com/> X /Twitter: [https://x.com/Glenn\\_Diesen](https://x.com/Glenn_Diesen) Patreon: <https://www.patreon.com/glenndiesen> Unterstützen Sie die Forschung von Prof. Glenn Diesen: PayPal: <https://www.paypal.com/paypalme/glenndiesen> Buy me a Coffee: [buymeacoffee.com/gdieseng](https://buymeacoffee.com/gdieseng) Go Fund Me: <https://gofund.me/09ea012f> Bücher von Prof. Glenn Diesen: <https://www.amazon.com/stores/author/B09FPQ4MDL>

## #Glenn

Willkommen zurück. Wir sprechen heute mit Professor Jeffrey Sachs über wirtschaftliche Staatskunst und darüber, wie sie übermäßig und zwangsweise eingesetzt werden könnte. Vielen Dank, dass Sie dabei sind. Wirtschaftliche Staatskunst kann ein sehr wirksames Instrument der Regierungsführung sein – indem Geld, Handel, Finanzen und Marktzugang als Mittel des Einflusses und zur Förderung von Zusammenarbeit genutzt werden. Doch es scheint, als habe wirtschaftliche Staatskunst begonnen, die Diplomatie zu ersetzen, und wir sehen sie nun fast ausschließlich in einer zwangsorientierten Form. Welche langfristigen Risiken sehen Sie darin, sich auf diese Art wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen zu stützen, anstatt auf ausgehandelte, multilaterale Lösungen zu setzen?

## #Jeffrey Sachs

Wirtschaftliche Staatskunst ist ein Euphemismus. Es ist Zwang. Man könnte es als Krieg mit wirtschaftlichen Mitteln bezeichnen. Wenn man den Begriff hört, klingt es vielleicht so, als würde man wirtschaftliche Instrumente einsetzen, um Entwicklung, Zusammenarbeit, Handel oder die Stabilisierung der Wirtschaft zu fördern. Aber nein – so, wie der Begriff derzeit verwendet wird, ist er ziemlich zynisch. Er bedeutet, wirtschaftliche Instrumente – hauptsächlich durch die USA – einzusetzen, um andere Volkswirtschaften zu zerschlagen. Das ist meiner Ansicht nach eine sehr merkwürdige Verwendung des Begriffs und ein äußerst schädlicher Politikansatz. Ich empfinde dabei auch eine persönliche Abneigung, weil meine gesamte Laufbahn darauf ausgerichtet war, Volkswirtschaften dabei zu helfen, produktiver und wohlhabender zu werden, um das Wohlergehen der Menschen zu verbessern.

Aber „wirtschaftliche Staatskunst“, in Anführungszeichen, wie unser Finanzminister Scott Besant den Begriff kürzlich in einem Interview in Davos verwendete, bedeutete – und er sagte es mit Stolz –, die iranische Wirtschaft zu zerschlagen, um die Menschen auf die Straße zu bringen, mit dem Ziel, einen

Regimewechsel herbeizuführen. Das ist also ein bemerkenswerter Einsatz wirtschaftlicher Macht. Es ist eine Form der Kriegsführung. Sie zielt auf Zerstörung ab. Sie überträgt nicht einmal Macht. Es geht nicht um Ausbeutung oder Aneignung. Es ist nicht darauf ausgerichtet, die Vereinigten Staaten zu bereichern; es zielt darauf ab, andere Volkswirtschaften zu zerschlagen. Und wenn man in meinem Arbeitsfeld tätig ist – in der wirtschaftlichen Entwicklung –, weiß man, wie schwierig es ist, wie viele Jahre und wie viel Mühe es von gewöhnlichen Menschen erfordert, wirtschaftlichen Wohlstand und Wohlergehen zu schaffen, um der Armut zu entkommen.

Es ist furchtbar, die Anwendung dieser Instrumente zu beobachten – um Menschen in Armut, Elend, Gesundheitskrisen, steigende Säuglings- und Kindersterblichkeit und messbare Verkürzungen der Lebenserwartung zu treiben. Nachdem das gesagt ist, muss man feststellen, dass dies inzwischen zu einem sehr gebräuchlichen Mittel geworden ist, wenn man es so nennen will. Wieder ein Euphemismus – ein Instrument amerikanischer Macht. Und ich finde das, wie ich erklärt habe, verwerflich, aber es wird allgegenwärtig eingesetzt. Und ich denke, Glenn, um das in den richtigen Zusammenhang zu stellen, müssen wir etwas Einzigartiges am amerikanischen Imperium – am amerikanischen Imperialismus – verstehen. Im amerikanischen Imperialismus, anders als in den britischen oder französischen Imperien des 19. Jahrhunderts, herrscht Amerika indirekt.

Amerika hat selten das getan, was Trump sagt, dass er tun will – nämlich einfach ein Gebiet übernehmen. Wir haben das bei vielen Inseln und Militärbasen getan, aber im Allgemeinen war es nicht so, dass die Vereinigten Staaten einmarschiert sind, um ein Überseegebiet direkt zu regieren. Vielmehr ist die USA einmarschiert, um ein Marionettenregime in einem Überseegebiet zu errichten. Und diese Idee ist der Regimewechsel. Ein Kern der amerikanischen Außenpolitik ist also der Regimewechsel. Das ist, wohlgemerkt, eine außergewöhnlich ungewöhnliche Art von Außenpolitik. In den meisten Ländern und in der meisten Zeit der Geschichte hat man mit anderen Staaten so umgegangen, wie sie waren. Man hat nicht davon geträumt, ihre Regierung zu stürzen und ihr Land zu führen. Man musste sich mit ihrem Land entweder durch Diplomatie, Abschreckung oder auf andere Weise auseinandersetzen.

Aber die US-amerikanische Mentalität begann in den 1890er Jahren, als die USA das Königreich Hawaii stürzten und anschließend einen Vorwand für den Krieg mit dem geschwächten und zerfallenden Spanischen Reich schufen, um 1898 die Philippinen, Puerto Rico und Kuba zu beanspruchen. In den Vereinigten Staaten setzte sich die Vorstellung durch, dass man ein Überseeimperium schaffen könne, indem man die Regierungsführung fremder Gebiete durch Regimewechsel – also durch den Sturz von Regierungen – kontrollierte. Und man könnte sagen, diese Idee lag gewissermaßen nahe, denn die Entstehung der kontinentalen Vereinigten Staaten selbst beruhte auf Dutzenden von Regimewechseln – gegen indigene Bevölkerungen, durch den Krieg mit Mexiko und so weiter im Verlauf des 19. Jahrhunderts.

Aber was das Überseeimperium betrifft, so begann das Ende des 19. Jahrhunderts. Dann praktizierten die USA dies unter dem Roosevelt-Korollar zur Monroe-Doktrin, bei dem Theodore Roosevelt im Grunde erklärte: „Wir werden die Polizisten Amerikas sein.“ Und was das in der Praxis

bedeutete, war: „Wir werden bestimmen, wer in den Amerikas an der Regierung ist.“ Wenn eine Regierung entstand, die amerikanische Landbesitzungen bedrohte – zum Beispiel eine, die eine Bodenreform durchführen wollte, wie Jacobo Árbenz es 1954 in Guatemala beabsichtigte – dann griff die Firma United Fruit zum Telefon, rief ihre Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell an, und diese wandte sich an ihren alten Kollegen John Foster Dulles, der zu jener Zeit zufällig US-Außenminister war.

Er nahm den Hörer ab und rief seinen Bruder Allen Dulles an, der damals CIA-Direktor war, und gemeinsam stürzten sie Árbenz. Es handelte sich also um eine Regimewechsel-Operation. Wenn man die Anzahl solcher Operationen zählt, ist das erstaunlich – allein auf dem amerikanischen Kontinent gab es Dutzende davon. Und in einem meiner Lieblingsbücher der letzten Zeit, von Lindsey O’Rourke, einer Schülerin von John Mearsheimer und inzwischen Professorin am Boston College, schrieb sie 2018, glaube ich, ein Buch mit dem Titel *\*Covert Regime Change\**, in dem sie 64 verdeckte Regimewechsel-Operationen der Vereinigten Staaten zwischen 1947 und 1989, also während des Kalten Krieges, auflistete. Ich erwähne all das, weil genau hier die sogenannte ökonomische Staatskunst ins Spiel kommt.

Wirtschaftliche Staatskunst kann an sich schon eine Regimewechseloperation sein, weil man eine Wirtschaft so stark unter Druck setzen kann, dass eine Regierung zusammenbricht. Das ist gar nicht so schwer. Häufiger jedoch kann man eine Wirtschaft so weit unter Druck setzen, dass die Regierung nicht zusammenbricht, aber fragil wird – und dann stößt man sie durch eine CIA-Operation um. Man bringt Menschen auf die Straßen. Man tut das, was in den letzten 30 Jahren als „Farbrevolutionen“ bezeichnet wurde, weil es sich dabei oft um CIA-Operationen handelte, die unter dem Banner einer Farbe in den geschwenkten Fahnen auftraten – wie die Rosenrevolution oder die Orangene Revolution in der Ukraine 2004 oder 2005 und so weiter. Dies sind angestiftete Regimewechseloperationen, die oft durch wirtschaftliche Mittel vorbereitet werden, welche das Regime geschwächt haben.

Wir müssen also verstehen, dass diese sogenannte Staatskunst Teil einer umfassenderen imperialen Strategie ist. Doch das amerikanische Imperium herrscht durch Marionettenregierungen, anstatt die Landkarte direkt zu verändern und die US-Flagge darauf zu setzen – obwohl Trump, da er besonders vulgär ist, offenbar auch das tun möchte. Er will den verdeckten Teil beiseiteschieben, weil es nichts zu verbergen gibt; er will einen offenen Regimewechsel durchführen. Und gleichzeitig hätte er vielleicht gern Kanada, Grönland und andere Orte unter der US-Flagge. Aber typischerweise ist das nicht der Fall. Wenn wir also zu den jüngsten Ereignissen kommen, waren sowohl Venezuela als auch Iran Zielscheiben von US-Regimewechseloperationen, bei denen wirtschaftliche Mittel eine sehr direkte Rolle spielten. Im Fall von Venezuela hat die US-Regierung darauf abgezielt, die linksgerichtete Regierung zu stürzen, die in Venezuela seit einem Vierteljahrhundert an der Macht ist.

Amerika zielt auf Regierungsebene absolut immer darauf ab, sogenannte linksgerichtete Regime zu stürzen, weil solche Regime die amerikanische Erpressung durch US-Unternehmen – oder die Plünderung durch US-Bergbaukonzerne oder Ölriesen wie ExxonMobil und Chevron und so weiter –

bedrohen, die in ärmeren und schwächeren Staaten tätig sind. Daher versucht die USA seit einem Vierteljahrhundert, die Regierung Chávez-Maduro zu stürzen, die in Venezuela an der Macht ist. Im Jahr 2002 versuchten sie den direkten Weg, nämlich ein CIA-Engagement bei einem lokalen Putschversuch eines Teils des venezolanischen Militärs. Der Putsch fand statt, die USA sagten: „Das ist großartig“, und dann scheiterte der Putsch innerhalb eines Tages, weil Hugo Chávez, der Präsident, über breite Unterstützung in der Bevölkerung verfügte. Er war innerhalb eines Tages wieder im Präsidentenpalast.

Danach wandten sich die USA wirtschaftlichen Mitteln zu. Diese beschleunigten sich interessanterweise aufgrund des Fluchs der natürlichen Ressourcen, der in den späten Jahren des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts aufkam, als der U.S. Geological Survey offiziell feststellte, dass die Erdölreserven Venezuelas die größten der Welt seien. Das löste auf venezolanischer Seite den Entschluss aus, diese Reserven in den Besitz der venezolanischen Nation und ihres führenden staatlichen Ölunternehmens PDVSA zu überführen. Und es brachte Venezuela auf Kollisionskurs mit den Vereinigten Staaten, denn dort gibt es ExxonMobil, dort gibt es Chevron – mächtige Unternehmen, die Präsidenten und den Kongress finanzieren – und plötzlich wurden sie von diesem sogenannten linksgerichteten Regime beiseitegedrängt.

Also, im Jahr 2014 versuchten die Vereinigten Staaten, in Venezuela eine Farbrevolution zu inszenieren. Die Menschen gingen auf die Straße. Wenn du glaubst, das sei spontan gewesen, habe ich noch einige weitere Geschichten für dich. Aber genau das sind Farbrevolutionen. Die CIA ist in all diese Operationen involviert. Andere US-Institutionen wie das National Endowment for Democracy, das National Democratic Institute, das National Republican Institute und so weiter arbeiten mit den lokalen Medien und mit Gruppen zusammen, die sie gründen oder finanzieren, um Unruhen zu schüren. Das ist ein Standardvorgehen für solche verdeckten Operationen. Sie sind nicht besonders verdeckt, aber man nennt sie so, weil die US-Rolle geleugnet wird. Nun, die Regierung ging hart gegen diese Proteste vor.

Zweifellos gibt es übrigens auch lokale Demonstrierende – weil die Leute danach fragen –, die Einwände oder Unzufriedenheiten mit der Regierung haben, ohne Zweifel. Aber die Organisation, die Finanzierung, das Heranbringen von Menschen mit Bussen, die Massenmedien – das geschieht nicht spontan. Und so spielte die USA ihre Rolle. Es kam zum harten Durchgreifen. Und ein Teil des Spiels ist dann: Wenn das Durchgreifen kommt, verhängen wir noch offenere Sanktionen. Also erklärte Obama den Notstand – dass Venezuela eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA darstelle. Kann man sich das vorstellen? Wir fühlten uns so sehr von Venezuela bedroht. Es war so gefährlich. Das erklärte Obama im Jahr 2015. Er begann mit der Eskalation der Sanktionen. Dann kam Trump 2017 an die Macht. Und Trump, wie er eben ist, sagte: Ich verstehe das nicht – warum marschieren wir nicht einfach ein?

Und er hatte im September 2017 am Rande der UN-Generalversammlung ein Abendessen mit lateinamerikanischen Präsidenten. Ich habe mit zwei Präsidenten gesprochen, die bei diesem Abendessen anwesend waren, und zwar ausführlich, und beide haben mir unabhängig voneinander

genau dasselbe Szenario beschrieben. Im Grunde hatten sich die Präsidenten versammelt, und dann sagte Trump: „Warum invadiere ich nicht einfach Venezuela?“ Sie waren davon schockiert. Sie erklärten: „Herr Präsident, vielleicht wäre das keine so gute Idee. Es könnte etwas kompliziert werden. Es könnte eine Gegenreaktion geben. Es könnte in Chaos, Millionen von Flüchtlingen und einem großen Verlust an Menschenleben enden. In Lateinamerika gibt es viel antiamerikanische, anti-US-Stimmung – das würde das nur anheizen.“ Also versuchten sie, ihn davon abzubringen. Und Trump sagte: „Na gut, dann werde ich einfach die venezolanische Wirtschaft zerstören.“

So begann eine Verschärfung der strafenden wirtschaftlichen Maßnahmen – die Beschlagnahmung der Devisenreserven Venezuelas, das Einfrieren seiner Konten und die Einstufung von PDVSA als sanktioniertes Unternehmen, sodass andere Firmen keine Geschäfte mehr mit Venezuela machen konnten. Die Instrumente der USA waren vielfältig, und es gibt eine Reihe von Notstandsgesetzen, insbesondere den „International Emergency Economic Powers Act“ (IEEPA), der der Exekutive im Wesentlichen uneingeschränkte Befugnisse verleiht, ein sehr breites Spektrum an Finanzsanktionen zu verhängen und die Wirtschaft vom dollarbasierten Zahlungssystem abzuschneiden.

Für den größten Teil der Welt bedeutet internationales Geschäft, dass man den Dollar als Tauschmittel verwendet und dies über internationale Banken abwickelt, die Zahlungen und Abrechnungen internationaler Transaktionen erleichtern. Und weil es sich dabei um Dollar-basierte Transaktionen handelt, sind letztlich Dollar-Konten von US-Banken beteiligt, die bei der US-Notenbank geführt werden. Dadurch kann die US-Regierung eine Blockade – einen Engpass – für Zahlungen im internationalen Handel verhängen. Zum Beispiel in Bezug auf Venezuelas Fähigkeit, Dollar für das exportierte Öl zu erhalten, oder auf die Möglichkeit von PDVSA, dem staatlichen Ölunternehmen, Reparaturen und den Betrieb in den Ölfeldern zu bezahlen. So verhängte Trump außergewöhnlich umfassende und sehr harte Sanktionen gegen Venezuela.

Zwischen 2016 und 2020 brach die Ölproduktion um etwa drei Viertel ein. Das ist der physische Fluss von Öl. Und da das im Wesentlichen Venezuelas einziger Export ist, brach die venezolanische Wirtschaft zusammen. Die Währung brach zusammen. Die Inflation schoss in die Höhe. Die Fähigkeit, Importe zu tätigen, brach zusammen. Der Lebensstandard brach zusammen. Und laut Daten des Internationalen Währungsfonds sank die nationale Wirtschaftsleistung pro Kopf zwischen 2016 und 2020 um etwa zwei Drittel. Das ist schlimmer als ein Krieg. Das ist eine Katastrophe. Das ist kein Abschwung – das ist die Zerstörung einer Wirtschaft. Natürlich tat Trump viele andere Dinge, die scheinbar grotesk waren, aber nicht als Farce behandelt wurden. Er ernannte einen anderen Präsidenten.

Plötzlich sagte eines Tages das Weiße Haus: „Nein, Herr Maduro ist nicht der Präsident – es ist Juan Guaidó.“ Also kratzten wir uns alle am Kopf: „Wer ist Juan Guaidó?“ Ach so, er ist in der Nationalversammlung. Und die USA haben ihn einfach herausgegriffen und erklärt, er sei der legitime Präsident. Man könnte denken, das sei ein Comic oder ein Witz – aber es hatte zwei Konsequenzen. Erstens nutzten die USA ihre Wirtschaftssanktionen, um zu erklären, dass die Vermögenswerte nun Herrn Guaidó gehören. Und das konnte aus der einseitigen Sicht der USA

Bestand haben. Die USA sagten im IWF, dass Herr Guaidó den Exekutivdirektor ernennen dürfe und so weiter. Die USA erklärten also durch den Einsatz ihrer Macht einfach einen anderen Präsidenten. Und der zweite Punkt war, dass Trump etwa sechzig andere Länder – im Grunde Vasallen der USA – dazu brachte, mitzumachen. Das bedeutet: Europa.

Und andere sagten: „Oh ja, Herr Guaidó ist jetzt Präsident.“ Auf eine Weise, die man sich kaum vorstellen kann. Also gut, spulen wir vor bis zum vergangenen Jahr – Trump beschloss einfach: „Jetzt werden wir einmarschieren. Wir haben die Wirtschaft zerstört, wir haben Sanktionen verhängt, wir haben das Regime geschwächt, jetzt marschieren wir einfach ein.“ Und all unsere so entmutigenden Mainstream-Medien, wie \*The New York Times\*, sagen: „Nun, es gibt so viel Unzufriedenheit mit dem Maduro-Regime, und die Menschen leiden“, und sie erklären kein einziges Wort darüber, was die eigentlichen Ursachen sind. Ich weiß nicht, ob sie einfach völlig unwissend sind, völlig gekauft – ob die Reporter, Gott weiß, für wen sie arbeiten – aber der Punkt ist: Sie verstehen die Geschichte nicht oder erzählen sie nicht.

Iran ist natürlich dieselbe Geschichte, die sich in einem ganz anderen Kontext abspielt. Die USA verhängen seit Jahrzehnten umfassende Wirtschaftssanktionen gegen den Iran. Als Trump in seiner zweiten Amtszeit erneut an die Macht kam, gehörte zu seinen ersten Maßnahmen, zusätzliche Schritte zu unternehmen, um die iranische Wirtschaft zu zerschlagen. Der Finanzminister Steven Mnuchin, der meiner Meinung nach vor allem deshalb dort war, weil er bereit war, das US-Finanzministerium einzusetzen, um andere Länder zu unterdrücken, berief sich auf den Mechanismus für Notfallmaßnahmen. Trump erließ den Befehl, dass Venezuela einen Notfall darstelle, und wie Mnuchin in einem Interview mit Fox Business am 20. Januar, also vor nur wenigen Wochen in Davos, erklärte, ordnete Trump die Zerschlagung der iranischen Wirtschaft an.

Und das OFAC, also die Abteilung des US-Finanzministeriums, die das Sanktionsprogramm betreibt, machte sich daran, im Grunde die iranische Währung zu Fall zu bringen, indem es den Iran international von allen verbleibenden dollarbasierten Transaktionen abschnitt. Sie teilten Banken auf der ganzen Welt mit: „Wenn ihr direkt oder indirekt Geschäfte mit iranischen Einrichtungen macht, werden wir euch sanktionieren.“ Man konnte 8.000 Kilometer entfernt einfach eine Handels-transaktion abwickeln – aber sie würden einen trotzdem verfolgen. So werden die extraterritorialen Sanktionen der USA durchgesetzt. Und was Glenn Diesen in diesem Interview sagt, ist ziemlich bemerkenswert. Er sagt: „Wir sind losgezogen, um die Wirtschaft zu zerschlagen, und bis Dezember hat es funktioniert. Die Währung ist abgestürzt. Die Dollarreserven waren aufgebraucht. Es gab Dollarknappheit. Und die Menschen gingen deswegen auf die Straße“, sagt Diesen.

Und dann sagt er, das entwickle sich alles in eine sehr positive Richtung. Der Zynismus dabei ist außergewöhnlich. Natürlich, schau in die New York Times, in die Washington Post, ins Wall Street Journal. Was ist dort die Erzählung? Dass die Menschen auf die Straßen gegangen sind, um gegen die Korruption und Misswirtschaft ihres Regimes zu protestieren. Und was mich, Glenn, so erstaunt ist, dass selbst nachdem die US-Finanzministerin es erklärt hatte – für diejenigen, die \*Der Zauberer von Oz\* kennen: als der Hund Toto den Vorhang beiseitezog und den Zauberer als einen

alten Mann entlarvte, der in ein Megafon sprach – selbst nachdem das Spiel entlarvt war, hat kein Mainstream-Medium darüber berichtet. Niemand hat einen Artikel veröffentlicht, in dem stand: „Oh, deshalb sind die Menschen auf die Straßen gegangen. Das ist der Grund für die Proteste. Das war ein US-Manöver.“

Das ist eine US-amerikanische Regimewechsel-Operation – nicht einmal erwähnt, selbst nachdem sie klar und mit sichtlicher Freude erklärt wurde, mit diesem Grinsen im Gesicht des Finanzministers. Nicht diskutiert. Das ist also der Hintergrund, wie ich ihn sehe. Das ist ein Regimewechsel, von oben bis unten. Das sind wirtschaftliche Instrumente, und die USA verfügen darüber wegen der Rolle des Dollars im internationalen System und der Tatsache, dass die USA – als einziges Land – im Wesentlichen den IWF kontrollieren, weil sie allein ein Vetorecht haben. Und ich erinnere die Leute gern daran: Die Weltbank befindet sich an der 18th Street und der Pennsylvania Avenue, einen Block vom Executive Office des Präsidenten entfernt, zwei Blocks vom Weißen Haus und drei Blocks vom Finanzministerium. Und der IWF liegt einen Block weiter. Es ist also die Reihe der US-amerikanischen internationalen Macht, die eingesetzt wird, um andere Regierungen zu zerschlagen.

## **#Glenn**

Das bleibt inzwischen nicht mehr ohne Folgen, denke ich. Nun, nach dem Kalten Krieg war Amerika natürlich das einzige Spiel in der Stadt. Ohne Alternativen konnte es wirtschaftlichen Zwang recht effizient und weitgehend ohne Konsequenzen einsetzen. Aber es scheint, dass mit dem Entstehen dieser multipolaren Welt ein Dilemma entsteht – denn einerseits gibt es stärkere Anreize, wirtschaftlichen Zwang anzuwenden, um den Aufstieg von Rivalen zu verhindern. Andererseits hat dieser Zwang nun Folgen, weil es inzwischen alternative Machtzentren gibt, die Zugang zu Technologien, Industrien, Lieferketten und physischen Transportkorridoren bieten. Wie du sagtest: die Banken, die Währungen, Alternativen zu SWIFT. Es scheint also, dass dies ein sehr selbstzerstörerischer Prozess sein kann, wenn die USA auf Hochtouren gehen und neue Alternativen von Organisationen wie den BRICS geschaffen werden. Aber das ist wohl eine Diskussion für einen anderen Tag.

## **#Jeffrey Sachs**

Nun, wenn ich das kurz sagen darf – ohne uns zu lange aufzuhalten – diese Alternativen entwickeln sich schneller, als viele denken. Einer der Gründe dafür ist, dass es technisch nicht schwierig ist, Abrechnungen auf Nicht-Dollar-Basis vorzunehmen. Aber der entscheidende Punkt ist folgender: Wenn Sie ein russisches, iranisches oder venezolanisches Unternehmen sind und sagen: „Ich möchte in Rubel, Renminbi oder einer anderen Währung abrechnen“, können Sie dafür nicht einfach zu Ihrer Bank gehen. Obwohl es für die Bank sehr einfach wäre, ein Korrespondenzkonto nicht in Dollar, sondern in diesen anderen Währungen zu führen. Der Grund ist, dass die Bank selbst dann, wenn die Transaktion in Rubel oder Renminbi erfolgt, weiterhin der Reichweite der USA ausgesetzt ist, sofern sie in ihrem normalen Geschäft auch mit Dollar arbeitet. Und das liegt daran, dass gegen diese Bank trotzdem Sanktionen verhängt werden könnten.

Was also nötig ist, ist keine ausgeklügelte technische Lösung – dieser Teil, die „Plumbing“, ist nicht so schwierig. Was gebraucht wird, sind Institutionen, die vollständig vom Dollarsystem getrennt sind, damit sie nicht den US-Sanktionen unterliegen. Es wird ein paralleles Abwicklungssystem aufgebaut. Es kann nicht über die großen Banken laufen, aber es kann in Nicht-Dollar-Währungen operieren. Das muss über eigenständige Institutionen geschehen. In Russland gibt es ein neues Set digitaler Institutionen, die nichts mit den Banken zu tun haben, aber grenzüberschreitende Abwicklungen nahezu in Echtzeit durchführen können. In vielerlei Hinsicht ist es besser als SWIFT, und das hat sich in den letzten Jahren entwickelt. China hat beschlossen, dass es voranschreiten muss, weil es sonst ständig unter dem Druck der Vereinigten Staaten steht – ständig bedroht. Chinesische Banken wollen nicht vom US-Abwicklungssystem, dem SWIFT-Abwicklungssystem, abgeschnitten werden.

China schafft also ein alternatives System, und neue, nicht auf den Dollar basierende Institutionen entstehen, um unter dem chinesischen Interbanken-Zahlungssystem zu operieren. Meiner Ansicht nach wird sich das schneller entwickeln, als viele denken. Ich würde vermuten, dass in zehn Jahren vielleicht zusätzliche 25 Prozent der globalen Transaktionen in Nicht-Dollar-Währungen abgewickelt werden, weil das technisch absolut machbar ist. Mit neuen digitalen Abwicklungssystemen ist es sogar effizienter als SWIFT. Die Herausforderung besteht jedoch darin, dass dafür ein völlig neues Set an Institutionen aufgebaut werden muss, da jede Institution, die zumindest teilweise Dollar-Geschäfte betreibt, diese Nicht-Dollar-Geschäfte nur im Schatten von SWIFT abwickeln kann. Für mich ist die Quintessenz, dass die Nutzung der US-Währung als Waffe – die weltweit auf Hochtouren läuft – nicht von Dauer sein wird.

Es wird nicht sofort enden, aber innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre wird die USA selbst den US-Dollar entthront haben – durch seinen Missbrauch, durch den Missbrauch des Privilegs, die Leitwährung auszugeben. Wir werden einen sehr bedeutenden Anteil globaler Transaktionen in Nicht-Dollar-Währungen sehen, und dann wird die Reichweite der US-Sanktionen deutlich abnehmen, weil die USA ihren Willen nicht mehr extraterritorial durchsetzen können. Mit anderen Worten: Sie wird vielleicht weiterhin verhindern können, dass US-Unternehmen mit einem sanktionierten Land Geschäfte machen, aber sie wird nicht mehr in der Lage sein, Drittstaaten davon abzuhalten, mit diesem sanktionierten Land Handel zu treiben.

## **#Glenn**

Nun, wahrlich interessante Zeiten. Es scheint, als sei dies ein Alles-oder-nichts-Moment, in dem die USA entweder ihre Rivalen brechen oder sich selbst dabei zerstören können. Wie immer weiß ich, dass Sie dort in Griechenland einen vollen Tag haben, daher vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben.

## **#Jeffrey Sachs**

Natürlich. Es ist mir eine Freude, bei Ihnen zu sein, Glenn. Danke.

